Deutscher Bundestag **Drucksache 19/15175**

19. Wahlperiode 13.11.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Oliver Krischer, Lisa Badum, Dr. Ingrid Nestle, Dr. Bettina Hoffmann, Steffi Lemke, Gerhard Zickenheiner, Harald Ebner, Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, Christian Kühn (Tübingen), Stephan Kühn (Dresden), Renate Künast, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Drucksachen 19/14337, 19/15128 –

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Bundes-Klimaschutzgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der zu langsame Ausbau der Windenergie ist für den Klimaschutz und die Wirtschaft in diesem Land ein Desaster. Die von der Bundesregierung geplanten neuen Abstandsregelungen für Windenergie werden den Ausbau weit unter das bisherige Niveau absenken, weil sie übermäßig restriktiv sind.

Dies ist nicht mit dem Klimaschutz vereinbar und behindert die Umstellung der energieintensiven Industrie auf CO2-neutrale Verfahren. Die Bundesregierung legt es darauf an, 2030 in Deutschland sogar weniger Windenergie als heute zu haben. So ist weder Planungs- und Investitionssicherheit für eine Industrie auf dem Weg zur Dekarbonisierung gegeben, noch können Herausforderungen der Sektorenkopplung bewältigt werden.

Es besteht also akuter Handlungsbedarf: bereits 2019 gingen bisher unter dem Strich nur 82 Anlagen in Betrieb, allein seit 2017 gingen mindestens 36.000 Jobs in der Windbranche verloren und zuletzt kündigte der größte deutsche Windenergieanlagenbauer die Streichung von 3.000 Stellen an. Nicht nur die Windenergie, sondern die Zukunftsbranche der Erneuerbaren ist insgesamt bedroht.

Der Ausbaupfad im Erneuerbare-Energien-Gesetz muss massiv angehoben werden, auf jährlich mindestens 5.000 Megawatt Windenergie an Land netto und die aktuellen Hemmnisse für den Ausbau der Windenergie müssen beseitigt werden.

Berlin, den 12. November 2019

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion